DER VOLKSAUFSTAND VOM 17. JUNI 1953 IN DER SOWJETISCHEN BESATZUNGSZONE UND IN OSTBERLIN

EINE KARTOGRAPHISCHE DARSTELLUNG

4. AUFLAGE 1956

HERAUSGEGEBEN VOM

BUNDESMINISTERIUM FÜR GESAMTDEUTSCHE FRAGEN

VORGESCHICHTE, VERLAUF UND AUSWIRKUNG DES JUNIAUFSTANDES

Allgemeine Voraussetzungen des Juni-Aufstandes

Es wäre verfrüht, die Vorgeschichte des Volksaufstandes in der sowjetischen Besatzungszone vom 17. Juni 1953 zu schreiben. Die Tatsache, daß wehr- und waffenlose Menschen, in ihrer großen Mehrzahl Industriearbeiter, gegen ein Regime aufstanden, das nicht nur mit allen Machtmitteln einer Diktatur ausgestattet war, sondern dem auch noch die Kriegsmaschine einer Großmacht zur Seite stand, ist mit Recht in der ganzen freien Welt entsprechend gewürdigt worden. Man nimmt diesem Ereignis nichts von seiner Bedeutung, wenn man feststellt, daß der Zündstoff, in den am 17. Juni der Funke fiel, sich in Jahren angesammelt hatte. Im folgenden sollen einige der Voraussetzungen für den Ausbruch des Volkszornes kurz aufgezählt werden.

An erster Stelle muß die Illegitimität des Sowjetzonenregimes angeführt werden; bekanntlich stützt es seinen Rechtsanspruch auf die Wahl vom 15. Oktober 1950, deren Ergebnis mit all den Mitteln der Massenbeeinflussung, des terroristischen Druckes und des offenbaren Betruges erzielt wurde, wie sie einem autoritären Regime zur Verfügung stehen. Das Ergebnis dieser Wahl ist von der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung der Zone niemals anerkannt worden.

Nicht minder bedeutsam für den Widerstand der Bevölkerung gegen das Sowjetzonenregime war die völlige Entrechtung des Arbeitnehmers vor allem in den sogenannten volkseigenen Betrieben und den Sowjetischen Aktiengesellschaften. Im Hinblick darauf, daß die Ereignisse des 17. Juni mit einem Lohnstreik begannen, ist vor allem daran zu erinnern, daß der Arbeiterschaft der Zone so alte und in ihren Augen unabdingbare Rechte wie das der Mitwirkung an der Lohngestaltung, des Streiks und der Repräsentation in Betriebsräten nach und nach genommen

und daß die Gewerkschaften der Zone ihrer Selbstbestimmung beraubt und zu einem Instrument der SED gemacht worden waren.

Eine dritte Wurzel der um sich greifenden Empörung war das vom zweiten Parteikongreß der SED im Juli 1952 proklamierte Programm des „Aufbaus des Sozialismus", mit dem der letzte und vernichtende Angriff auf das Privateigentum in der Landwirtschaft, im Handel und in der Leichtindustrie ausgelöst werden sollte.

Hierzu kamen im gleichen Jahre die plötzliche Preisgabe der Politik der Friedensparolen, der Beginn der Remilitarisierung und die radikale Absperrung der Zonengrenze. Diese Wendung löste in der Bevölkerung der Zone begreifliche Verwirrung aus, da sie sich nun auch in ihrer Hoffnung auf eine baldige Wiedervereinigung betrogen fühlen mußte.

Das allgemeine Investitionsprogramm des Fünfjahrplans, der verschärfte Kurs der Sozialisierung und der Aufbau der „nationalen Streitkräfte" bedingten eine Vernachlässigung der Lebensbedürfnisse der Bevölkerung, die im Winter 1952/53 ernsthafte Versorgungskrisen und im weiteren Verlauf den Zusammenbruch der Ernährungswirtschaft nach sich zog.

Die Etappen dieser Entwicklung ließen sich an der Zunahme des Flüchtlingsstromes aus der Sowjetzone ablesen: Von Januar bis Juni 1952 flohen 54 280, von Juli bis Dezember 1952 95 498, von Januar bis Mai 1953 jedoch 184 793 Menschen aus der Sowjetzone in die Bundesrepublik.

Die Entwicklung zur revolutionären Situation

Wenn die Entrüstung und Verzweiflung der Bevölkerung der Zone über die von Jahr zu Jahr drückender werdende Zwangsherrschaft wuchs, so fand sie ihren Ausdruck doch zunächst nur in der Form des individuellen Widerstandes. Vorkommnisse dieser Art wurden in der staatlich gelenkten Presse der Zone selbstverständlich verschwiegen, fanden aber doch gelegentlich in Nebensätzen allgemeiner Artikel ihren Niederschlag. Nimmt man nur die Zeitungen des letzten halben Jahres, so zeigt sich, daß es schon zu Beginn des Jahres zu Arbeitsniederlegungen gekommen war, wobei von der SED „Mißstände" zugegeben wurden, „für die die Partei einzig und allein verantwortlich" sei; daß seit Monaten in der ganzen Sowjetzone heftigste Diskussionen unter der Arbeiterschaft über die unwürdigen Lebensverhältnisse und die Normenfrage geführt wurden. Die Sowjetzonenpresse sah sich gezwungen, zuzugeben, daß die gegnerische Einstellung zur Partei „keine Ausnahme" (mithin weit verbreitet) sei, und sprach von „Zersetzungsarbeit" und „offenen Provokationen" gegen die Partei. Die Funktionäre hätten nicht mehr den Mut, mit den Arbeitern über derartige Fragen zu diskutieren. In zahlreichen Fällen mußte man sogar die ablehnende Haltung von Parteifunktionären zugeben.

Die Verschärfung der Lage im April und Mai 1953

Am 9. April beschloß der Ministerrat der Sowjetzonenregierung, bestimmten Bevölkerungsgruppen die Lebensmittel- und Kleiderkarten zu entziehen. Diese Maßnahme, die als eine „systematische Verbesserung der Lebenshaltung der Werktätigen" angepriesen wurde, nahm mehreren Hunderttausend Menschen die an sich schon sehr dürftige materielle Lebensgrundlage. Die Preise in den Läden der staatlich gelenkten Handelsorganisation waren für die große Mehrzahl der vom Kartenbezug ausgeschlossenen Normalverbraucher unerschwinglich.

Am 28. Mai 1953 ordnete der Ministerrat der Sowjetzonenregierung eine Erhöhung der „für die Produktion entscheidenden" Arbeitsnormen um durchschnittlich mindestens 10 v. H. bis zum 30. Juni an. Dieser Beschluß wurde als „ein bedeutsamer Schritt" zur „maximalen Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Werktätigen" bezeichnet. Schon früher waren die Normen nur in den seltensten Fällen sachgemäß festgesetzt worden; der ausbeuterische Charakter des ganzen Normensystems mit seiner Methode der „freiwilligen Normenerhöhung" war längst offenbar; zum ersten Male aber wurden nun die Normen „administrativ", d. h. durch Beschluß der Sowjetzonenregierung, erhöht, und diese Anordnung trieb die Entwicklung auf die Spitze: Die Atmosphäre war reif zur Entladung.

Der Kurswechsel vom 11. Juni 1953

Angesichts des Widerstandes der Bevölkerung der Sowjetzone sahen sich die Machthaber in Karlshorst und Pankow gezwungen, das Programm des „Aufbaus des Sozialismus" wesentlich einzuschränken. Das Politbüro des Zentralkomitees der SED erklärte am 9. Juni 1953, „daß seitens der SED und der Regierung der DDR in der Vergangenheit eine Reihe von Fehlern begangen wurden", die u. a. zur Folge gehabt hätten, daß zahlreiche Personen die Republik verlassen hätten. Am 11. Juni 1953 bekannte sich der Ministerrat der Sowjetzonenregierung zu denselben Fehlern, und der Magistrat von Ostberlin tat am 12. Juni 1953 das gleiche. Am 16. Juni 1953 gab der Ministerpräsident der Sowjetzone, *Otto Grotewohl*, zu, daß die Politik des Regimes in der Vergangenheit auf „erbitterten Widerstand" gestoßen und die angewandte „Methode des Administrierens, der polizeilichen Eingriffe und die Schärfe der Justiz" „falsch" seien. Sie hätten die „Einschränkung der allgemeinen Versorgung, die Einengung und zerstörende Wirkung auf Einzelhändler und Mittelstand, die Flucht der Bauern nach dem Westen Deutschlands und das berechtigte Anwachsen der Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft" bewirkt. Die von der Sowjetzonen-

regierung in der Vergangenheit verfolgte Politik habe „zur Verbreiterung der Kluft zwischen den Menschen im Westen und Osten Deutschlands" geführt.

Solche Beteuerungen konnten jedoch die Auflehnung der Bevölkerung gegen das Terrorregime der SED nicht mehr dämpfen. Die Machthaber selbst hatten durch ihr bisheriges Gewaltregiment und die Methoden ihrer Agitation und Propaganda dafür gesorgt, daß jeder ihrer Rückzüge von vornherein als unglaubwürdig erschien. Auch mußte die Arbeiterschaft feststellen, daß das von ihr gehaßte Normensystem in seinen Grundzügen von dem verkündeten Kurswechsel unangetastet blieb. Mit keinem Wort waren die offiziellen Verlautbarungen auf diese Frage eingegangen.

Der Auftakt zum 17. Juni 1953

Im Mai und in den ersten Wochen des Juni hatten schon mehrfach Bauarbeiter der Stalinallee und anderer Bauobjekte im Sowjetsektor gegen die ausbeuterische Handhabung des Normensystems protestiert und sogar die Arbeit niedergelegt. Der sogenannte Kurswechsel änderte an diesem System nichts. Die Arbeiter forderten daher, daß die Beschlüsse zur Normenerhöhung vom 27. Mai 1953 rückgängig gemacht würden. Zu diesen „Unklarheiten" nahm die „Tribüne", das Organ des FDGB, am 16. Juni Stellung und betonte, daß die am 28. Mai 1953 beschlossenen Normenerhöhungen weiterhin richtig seien und aufrechterhalten blieben. In dem Artikel wurde zugegeben, daß die Normenerhöhung zu Lohnsenkungen führen könne, die aber angeblich nur vorübergehend sein würden. Nach Aussage *Otto Nuschkes*, des stellvertretenden Ministerpräsidenten der Sowjetzone, gab dieser Artikel der „Tribüne" den eigentlichen Anlaß zu den Demonstrationen der Arbeiter am 16. Juni 1953. Er sei der „Zünder gewesen für die Erregungswelle". Noch am 16. Juni 1953, während die Berliner Arbeiter vor den Regierungsgebäuden und in den Straßen des Sowjetsektors demonstrierten, formulierte das Politbüro der SED eine Erklärung zur Normenfrage, in der es hieß: „Das Politbüro hält es daher für völlig falsch, die Erhöhung der Arbeitsnormen in den Betrieben der volkseigenen Industrie um 10 v. H. auf administrativem Wege durchzuführen". Es wird vorgeschlagen, die von den einzelnen Ministerien angeordnete obligatorische Erhöhung der Arbeitsnormen als unrichtig aufzuheben.

Der 16. Juni 1953

Am Morgen des 16. Juni entschlossen sich die Arbeiter des VEB Bau-Union in der Stalinallee zum Streik. Um ihre Forderung auf Abschaffung der Normenerhöhung zu vertreten, begannen sie ihren Protestmarsch zur Leipziger Straße. Auf dem Wege dorthin schlossen sich immer mehr Arbeiter an. Die Nachricht von diesen Vorgängen breitete sich unter den Bauarbeitern schnell aus; die Streikwelle wuchs; mehrere Demonstrationszüge setzten sich in Marsch. Gegen Mittag befanden sich die Arbeitermassen vor dem Regierungsviertel der Sowjetzonenregierung. Der sowjetzonale Erzbergbauminister *Selbmann* wurde, als er zu den Arbeitern sprechen wollte, niedergeschrien. Auf dem Rückmarsch zur Stalinallee versuchten Lautsprecherwagen der Regierung die Demonstranten mit der Meldung zu beruhigen, der Ministerrat habe die Normenerhöhung zurückgezogen. Aber nun forderten die Massen mehr: Sie riefen zum Generalstreik auf, sie forderten die Freilassung der politischen Gefangenen. Embleme der SED-Regierung, der „Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft" wurden heruntergerissen und zerstört. Abends beschlossen Arbeiter der Berliner Vororte, am nächsten Tage nach Berlin zu fahren und sich den Demonstrationszügen anzuschließen. Die Betriebsgewerkschaftsleitungen der Ost-BEWAG und der Eisenbahner sagten den Bauarbeitern den Sympathiestreik zu.

Die Sowjetzonenpresse konnte die Vorgänge nicht verschweigen. Sie suchte den Streik und den Demonstrationszug darauf zurückzuführen, daß „die Erregung der Berliner Bauarbeiter über die falsche, teilweise gewalttätige Form der Normenfestsetzung auf zahlreichen Baustellen" „von den in West-Berlin sitzenden Feinden des friedlichen Aufbaues der DDR und im demokratischen Sektor Berlins und ihren Agenten dazu benutzt" worden sei, „einen Teil der Bauarbeiter des demokratischen Sektors von Berlin teilweise durch üble Methoden der Gewalt und Verhetzung zum Verlassen der Baustelle" zu veranlassen.

Der 17. Juni 1953 in Berlin

Am 17. Juni war jedoch der gesamte Sowjetsektor in Aufruhr. Der Streik hatte sich auf die meisten Berliner Betriebe ausgedehnt. Von allen Seiten strömten neue Demonstrationszüge aus der Umgebung Berlins in den Sowjetsektor. Die Volkspolizei und Einheiten der sowjetischen Besatzungsmacht versuchten vergeblich, die Volksmassen zu zerstreuen. Hunderte von sowjetischen Panzern, Panzerspähwagen und sonstigen Gefechtsfahrzeugen, feldmarschmäßig ausgerüstete sowjetische Infanteristen riegelten insbesondere das Regierungsviertel ab. Gegen Mittag fielen die ersten Schüsse, forderten die sowjetischen und sowjet-deutschen Kugeln, die sowjetischen Panzerketten unter den Demonstranten die ersten Opfer. An verschiedenen Stellen wurden die Sektorengrenzmarkierungen von den Demonstranten niedergerissen. SED-Parteilokale und HO-Läden wurden zertrümmert. Das Columbus-Haus (Sitz einer Volkspolizei-Einheit) und Kioske SED-höriger Organisationen gingen in Flammen auf. Der gesamte Straßen-, U- und S-Bahn-Verkehr kam zum Erliegen. Volkspolizisten warfen ihre Waffen weg, ergaben sich den Demonstranten, schlossen sich ihnen an. Gegen 13.30 Uhr verkündete der Militärkommandant des Sowjetsektors den Ausnahmezustand.

Das Zentralorgan der SED „Neues Deutschland" brachte in den folgenden Tagen mehrfach Berichte über die Vorgänge des 17. Juni in Berlin. Durch alle Fälschungen und Verdrehungen hindurch ließen sie Schlüsse auf die wahren Vorgänge zu und dokumentierten den Volksaufstand des 17. Juni gegen das Terrorsystem der SED für ein freies und geeintes Deutschland. Die Regierung der Sowjetzone rief am 17. Juni 1953 die Bevölkerung auf, die Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ordnung zu unterstützen, die „Provokateure" den Staatsorganen zu übergeben, die Arbeit wieder aufzunehmen und die Geschäfte wieder zu öffnen. Das Präsidium der Volkspolizei gab die Namen von acht verhafteten angeblichen Provokateuren bekannt.

Der 17. Juni 1953 in der Sowjetzone

Durch die Nachrichtensendungen des RIAS-Berlin hatte sich die Kunde vom Streik und den Demonstrationen des 16. Juni wie ein Lauffeuer in der gesamten Zone verbreitet. Am 17. Juni 1953 traten in fast allen größeren und vielen kleineren Städten der Sowjetzone Arbeiter in den Streik, formierten sich zu Demonstrationszügen. Es entlud sich der jahrelang aufgestaute Unwille der deutschen Bevölkerung gegen die Knechtung durch das von der Besatzungsmacht protegierte SED-Regime; überall, wie in Berlin, unter der Losung: Weg mit der Regierung! Freie Wahlen! In mehreren Städten wurden die Gefängnisse gestürmt und die politischen Gefangenen befreit. Es gab wie in Berlin Tote und zahlreiche Verletzte. Hauptziel des elementaren Zornausbruches waren die Häuser der SED und der ihr hörigen Organisationen. Auch auf dem Lande kam es unter der bäuerlichen Bevölkerung zu Unruhen. Durch die Arbeiter mitgerissen, demonstrierten Menschen aus allen Schichten der Bevölkerung gegen die Willkür des SED-Regimes: Jugendliche, Lehrer und Frauen. Erst nach Erklärung des Ausnahmezustandes in weiten Teilen der Sowjetzone durch die Besatzungsmacht gelang es, die äußere Ordnung notdürftig wiederherzustellen.

Nach dem 17. Juni 1953

Der Einsatz sowjetischer Truppen und die Verhängung des Ausnahmezustandes, die sofort einsetzende Verhaftungswelle und die standrechtlichen Erschießungen bewirkten zwar in den Tagen nach dem 17. Juni eine gewisse Normalisierung der Lage in Ostberlin und in der Sowjetzone, konnten jedoch den Widerstandswillen nicht gänzlich unterdrücken. Nur zögernd nahmen die Arbeiter ihre Arbeit wieder auf. Die SED erachtete es für notwendig, ihre Mitglieder anzuhalten, „die Aufforderung zur Arbeitsaufnahme in jeden Betrieb und in jedes Haus zu bringen", womit sie das Ausmaß der Arbeitsniederlegung eingestand. Die Mitteilungen in der Presse über Betriebe, die ihre Arbeit überhaupt nicht niedergelegt oder inzwischen wiederaufgenommen hätten, zeigten deutlich, daß trotz aller Beschwichtigungsversuche, Zwangsmaßnahmen und Drohungen die Arbeiter schwer zur Wiederaufnahme der

Arbeit bewogen werden konnten. Zahlreiche Betriebe arbeiteten erst nach mehreren Tagen wieder. Die Sektorengrenze Berlins wurde erst nach einer Woche für den Arbeiterverkehr an den Kontrollpunkten geöffnet. Der S-Bahn-Verkehr zwischen Ost- und Westsektor und die übrigen Verkehrsmittel waren erst am Monatsende in gewohnter Weise in Betrieb. Noch am 20. Juni wurde ausdrücklich bekanntgegeben, daß sämtliche Sportveranstaltungen bis auf Widerruf untersagt seien. Außerhalb der Sperrstunden wurde am 20. Juni die Abhaltung von Gottesdiensten, etwa eine Woche nach dem Volksaufstand auch die Tätigkeit der Theater usw. wieder gestattet. Während die „Sächsische Zeitung" am 20. Juni berichtete, daß sich in Dresden „das Leben zu normalisieren beginne", mußte die „Freiheit", Halle, am selben Tage die „Werktätigen" ermahnen, sich nicht durch Provokateure zu „Ansammlungen, Kundgebungen, Streiks" „verleiten" zu lassen und zur Arbeit zu gehen. In zahlreichen Fällen machte die Besatzungsmacht vom Kriegsrecht Gebrauch und verkündete die Erschießung bzw. Hinrichtung von Personen. In allen Zeitungen der Sowjetzone und Berlins wurden abschreckende Verurteilungen von Demonstranten zu hohen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen bekanntgegeben. Am 25. Juni gab der Sowjetzonenminister für Staatssicherheit, *Zaisser*, Zahlen über die Opfer des Aufstandes vom 17. Juni bekannt. Danach sollen 4 Volkspolizisten und 21 Zivilisten ums Leben gekommen, 191 Volkspolizisten und 187 Zivilisten verletzt worden sein. Diese Zahlen entsprechen nicht den Tatsachen und liegen weit unter den bedauernswert hohen Verlustziffern.

Nach einigen Einschränkungen des Ausnahmezustandes in verschiedenen Bezirken und Städten erfolgte eine Aufhebung für die betroffenen Bezirke und Städte zu verschiedenen Zeitpunkten. Er dauerte für zahlreiche Städte mehrere Wochen.

Eingeständnisse von sowjetdeutscher Seite

Trotz aller Versuche, die Demonstrationen der Arbeiterschaft als vom Westen angezettelten Putsch abzutun, konnte die Sowjetzonen-Regierung den wahren Tatbestand nicht ganz verheimlichen.

Der Ministerpräsident der Sowjetonen-Regierung sagte am 24. 6. 1953 in Leipzig: „Schuld an den Zuständen, die dazu geführt haben, waren wir".

Die „Leipziger Zeitung" vom 20. 6. 1953 schrieb: „Unter Ausnutzung einer vorhandenen Unzufriedenheit und Verwirrung in einem Teil der Arbeiterschaft war es ihnen" (den angeblichen Provokateuren) „gelungen, viele Bauarbeiter und auch Arbeiter anderer Industriezweige vor ihren Karren zu spannen".

Das „Neue Deutschland" vom 18. 6. 1953 veröffentlichte den offenen Brief eines Arbeiters der Stalinallee an seine Kollegen, in dem es heißt: „Die Betriebsleitung ließ es an der nötigen Verantwortung fehlen und schmeichelte sich,

so viel freiwillig erhöhte Normen melden zu können. Dies ist der Grund, warum die Kollegen Bauarbeiter der Stalinallee böse wurden und anfingen, die Arbeit niederzulegen und zu demonstrieren. Es wäre nicht dazu gekommen, wenn die Parteileitung der Stalinallee und die Gewerkschaftsleitungen sofort die berechtigten Forderungen der Kollegen eingesehen hätten".

Stellungnahme der Bundesrepublik und der Westalliierten

Am 17. 6. 1953 gab Bundeskanzler Dr. *Adenauer* vor dem Deutschen Bundestag eine Erklärung zu den Ereignissen des 16. Juni 1953 in Ostberlin ab. In dieser Regierungserklärung heißt es: „Die Bundesregierung empfindet mit den Männern und Frauen, die heute in Berlin Befreiung von Unterdrückung und Not verlangen. Wir versichern ihnen, daß wir in innerster Verbundenheit zu ihnen stehen. Eine wirkliche Änderung des Lebens der Deutschen in der Sowjetzone und in Berlin kann nur durch die Wiederherstellung der deutschen Einheit erreicht werden".

Bundespräsident Professor Dr. *Theodor Heuss* gedachte anläßlich der Gedenkfeier für die Toten des Volksaufstandes am 21. 6. 1953 in Bonn der Opfer, die von der Bevölkerung der Sowjetzone und Berlins für die Freiheit Deutschlands gebracht wurden, und mahnte die Welt: „Gebt dem deutschen Menschen, gebt ihm zurück das eingeborene Recht zu einer staatlichen Selbstgestaltung, zu seiner Freiheit, damit die Verkrampfungen sich lösen, damit Angst und Furcht, Mißtrauen und Technik des Hasses den Boden des Vaterlandes verlassen".

Auf der Trauerfeier zu Ehren der Toten des 17. Juni rief der Bundeskanzler dem deutschen Volk hinter dem Eisernen Vorhang zu: „Wir schwören ihm in dieser feierlichen Stunde: Wir werden seiner nicht vergessen. Wir werden nicht ruhen und nicht rasten — diesen Schwur lege ich ab für das gesamte deutsche Volk —, bis auch sie wieder Freiheit haben, bis ganz Deutschland wieder vereint ist in Frieden und Freiheit".

Der Deutsche Bundestag ersuchte am 27. 6. 1953 die Bundesregierung, „dafür Sorge zu tragen, daß alle Maßnahmen ergriffen werden, um die Notlage der Bevölkerung in der sowjetisch besetzten Zone zu lindern" und „daß auf jedem geeigneten Weg Verhandlungen mit dem Ziel eingeleitet werden, den Verkehr von Menschen und Gütern zwischen der Bundesrepublik und der sowjetisch besetzten Zone zu normalisieren".

Am 18. 6. 1953 protestierten die drei alliierten Hochkommissare und die Westberliner Stadtkommandanten bei den sowjetischen Dienststellen in Berlin gegen die Ergreifung militärischer Gewalt durch die sowjetische Besatzungsmacht, gegen die Einschränkung der Bewegungsfreiheit in Berlin und die Erschießung des Westberliners *Willi Göttling*.

Sie wiederholten ihre Forderung auf volle Bewegungsfreiheit in zwei weiteren Schreiben an den sowjetischen Stadtkommandanten.

Am 21. 6. 1953 richtete Bundeskanzler Dr. *Adenauer* Telegramme an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika, den britischen Premierminister und den französischen Ministerpräsidenten, in denen er auf den Volksaufstand vom 17. 6. 1953 hinwies und an die drei Regierungschefs appellierte, alles zu tun, um das Unrecht und die Gewalt zu beseitigen, und sich für die Wiedervereinigung Deutschlands einzusetzen.

Der Präsident der Vereinigten Staaten, *Dwight D. Eisenhower*, stellte in seinem Antwortschreiben vom 26. 6. 1953 fest, „die jüngsten Ereignisse in Ostberlin und Ostdeutschland haben in aller Welt die Herzen und die Hoffnungen der Menschen aufgerüttelt. Dieser begeisternde Beweis des Mutes bestärkt uns in unserem Glauben, daß Jahre der Unterdrückung und versuchten ideologischen Beeinflussung den Geist der Freiheit hinter dem Eisernen Vorhang nicht zum Erlöschen bringen konnten".

Der britische Premierminister, *Sir Winston Churchill*, beantwortete am 24. 6. 1953 das Telegramm des Bundeskanzlers. Er erklärte sich mit Dr. *Adenauer* einer Meinung, „daß die letzten Ereignisse in Berlin und Ostdeutschland erneut die dringende Notwendigkeit gezeigt haben, daß Deutschland in die Lage versetzt werden muß, unter freiheitlichen Bedingungen vereinigt zu werden, und zwar unter Bedingungen, die dem Frieden Europas förderlich sind".


Der amtierende französische Ministerpräsident, *René Mayer*, brachte in seiner Antwort vom 26. 6. 1953 seine „Bewunderung für die Entschlossenheit der Berliner im allgemeinen und der Arbeiterklasse im besonderen" zum Ausdruck. Er bewundere den Mut und die „beispielhafte Haltung, mit der sie ihren Willen bekundet haben, der Unterdrückung zu widerstehen und in Ostdeutschland den Grundsätzen der Freiheit und der Unabhängigkeit Achtung zu verschaffen".

Am 2. 7. 1953 beschloß der Deutsche Bundestag das „Gesetz über den Tag der deutschen Einheit", durch das der 17. Juni zum gesetzlichen Feiertag erklärt wurde. Die Präambel dieses Gesetzes lautet:

„Am 17. Juni 1953 hat sich das deutsche Volk in der sowjetischen Besatzungszone und in Ostberlin gegen die kommunistische Gewaltherrschaft erhoben und unter schweren Opfern seinen Willen zur Freiheit bekundet. Der 17. Juni ist dadurch zum Symbol der deutschen Einheit geworden."

Auslieferung für den Buchhandel:
DEUTSCHER BUNDES-VERLAG, BONN

Druck: Gebrüder Jänecke, Hannover


DER VOLKSAUFSTAND vom 17. JUNI 1953
Maßstab 1 : 500 000
Kilometer
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DEUTSCHE OSTGEBIETE UNTER POLNISCHER VERWALTUNG
KIEL
NEUMÜNSTER
LÜBECK
HAMBURG
HANNOVER
BRAUNSCHWEIG
GÖTTINGEN
STETTIN
KÜSTRIN
HOF
ROSTOCK
STRALSUND
GREIFSWALD
WISMAR
SCHWERIN
NEUBRANDENBURG
BERLIN
POTSDAM
FRANKFURT
MAGDEBURG
HALLE
LEIPZIG
COTTBUS
DRESDEN
ERFURT
GERA
CHEMNITZ
SUHL
Diese Karte veranschaulicht die wichtigsten Ereignisse des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953, wobei der in einigen Fällen frühere (16.6.) oder spätere (18.6.) Beginn berücksichtigt wurde.
Die Angaben beruhen im wesentlichen auf Flüchtlings-Berichten und sowjetzonalen Pressemeldungen.
Die durch Rotunterstreichung dargestellten Vorgänge stellen Stufen der Aufstandsintensität dar. Dabei sind in den Stufen (b), (c) und (d) die vorhergehenden Stufen eingeschlossen.
Bezirk bzw. Kreis mit Ausnahmezustand
Stadt bzw. Ort mit Ausnahmezustand
Einsatz sowjetischen Militärs
Letztbekannter Tag von Unruhe bis zum 15.7.53
SUHL Bezirkshauptstadt
JENA Kreishauptstadt
Arbeitsniederlegung (a)
Demonstration (b)
Aufruhr (c)
Erfolgte u. versuchte Häftlingsbefreiung (d)
HERAUSGEGEBEN VOM BUNDESMINISTERIUM FÜR GESAMTDEUTSCHE FRAGEN